

## **Conference Reports**

### **Leadership and Authority in Asia: Politische Führung und Führungsstile in Asien**

Berlin, 20.–21. Juni 2013

Das Japanisch-Deutsche Zentrum Berlin (JDZB) war erneut Veranstaltungsort der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde (DGA) und der zugehörigen wissenschaftlichen Tagung zum Thema „Leadership and Authority in Asia: Politische Führung und Führungsstile in Asien“. Wie auch bei zahlreichen vergangenen Veranstaltungen und Fachtagungen der DGA erwies sich das JDZB als idealer Gastgeber. In Kooperation mit der German Asia-Pacific Business Association/Ostasiatischer Verein (OAV) wurden nicht nur die Mitgliederversammlung und die Vorstandswahl der DGA erfolgreich organisiert, sondern auch die Rahmenbedingungen für eine äußerst gelungene wissenschaftliche Konferenz mit interessanten Debatten in trotz großer Hitze entspannter Atmosphäre geschaffen. Die Fachtagung wurde am späten Donnerstagnachmittag durch den Eröffnungsvortrag von Aurel Croissant, Universität Heidelberg, mit dem Titel „The Multitude of Political Systems and the Diverging Sources of Legitimacy and Authority in Asia“ und ein anschließendes Podiumsgespräch zwischen Chiharu Takenaka, Rikkyo-Universität Tokio, Nobuto Yamamoto, Keio-Universität Tokio, Alexandra Sakaki, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Berlin, und Katja Levy, Freie Universität Berlin, eingeleitet.

Der vollständig der wissenschaftlichen Konferenz vorbehaltene Freitag begann mit Grußworten der Generalsekretärin des JDZB, Dr. Friederike Bosse, des Vorstandsvorsitzenden der DGA, Dr. Peter Christian Hauswiedell, und des stellvertretenden Vorsitzenden des OAV, Dieter Ernst. Das erste Panel des Tages „Dynastien und Demokratien: Verschiedene Formen von Herrschaft in Asien“ griff sofort eine der zentralen Leitfragen des Eröffnungsvortrages von Aurel Croissant explizit auf: Woher beziehen unterschiedliche politische Regime ihre Legitimität? In vielen asiatischen Staaten sind familiär-dynastische Strukturen nach wie vor eine zentrale Quelle politischer Macht und Legitimität, wie in drei hervorragenden Beiträgen eindrucksvoll deutlich wurde.

Zunächst befasste sich Patrick Ziegenhain, Universität Trier, mit der Region Südostasien und speziell mit der Rolle politischer Dynastien in Indonesien, in Thailand und auf den Philippinen. Entscheidend für deren anhaltend große Bedeutung sind nach Ziegenhain vor allem die materiellen Ressourcen der Dynastien, insbesondere der Landbesitzeliten. Feudalsysteme und Patronage tragen ebenso zur Dominanz familiärer Politikstrukturen bei wie ein weit verbreitetes „vordemokratisches Denken“ und das Verharren großer Teile der Bevölkerung in althergebrachten Abhängigkeiten. Institutionell begünstigen Mechanismen wie das Mehrheitswahlrecht die Wahl von Personen und nicht den Aufstieg von ohnehin nur schwach strukturierten und programmatisch oft inhaltsleeren Parteien. Zudem ist aufgrund lang anhaltender politischer Instabilität und wenig gefestigter demokratischer Strukturen das Vertrauen in Personen bzw. Dynastien wesentlich stärker ausgeprägt als der Glaube an Institutionen. In den Bereichen Stabilisierung und Demokratisierung sieht Ziegenhain auch den größten Reformbedarf, um die Dynastie-Dominanz in Südostasien abzuschwächen. Dieser Prozess kann durch einen langsamen, aber stetigen gesellschaftlichen Wandel und eine zunehmende Hinterfragung der Legitimität traditioneller Abhängigkeitssysteme wirksam unterstützt werden.

Claudia Derichs, Philipps-Universität Marburg, betrachtete das Thema „Dynastien“ unter dem Aspekt der Rolle von Frauen in dynastisch geprägten Herrschaftsstrukturen. Hierbei seien subregionale Muster erkennbar: In Südostasien haben Frauen als Witwen (z. B. Sri Lanka: Sirimavo Bandaranaike, Bangladesch: Khaleda Zia) oder Töchter (z. B. Pakistan: Benazir Bhutto, Bangladesch: Sheikh Hasina) „über die Leichen der Männer“ politische Macht erlangt. In Südostasien nehmen Frauen die Rolle als „Heldinnen“ nach dem Sturz diktatorischer Systeme ein (z. B. Philippinen: Corazon Aquino; Myanmar: Aung San Suu Kyi). In Ostasien versuchen Töchter, über die „dynastische Schiene“ die verlorene Reputation der Väter zu rehabilitieren. Aus dieser Region stammen auch die beiden Fallbeispiele, die Derichs näher vorstellte: Zum einen die frühere Außenministerin Japans und Tochter des ehemaligen Premierministers Tanaka Kakuei, Makiko Tanaka, zum anderen die derzeitige Präsidentin Südkoreas und Tochter des vormaligen Militärmachthabers Park Chung-hee, Park Geun-hye. Das dynastische Element ist für Frauen gerade in Krisenzeiten wichtig gewesen, um ihr „moralisches Kapital“ in politische Macht ummünzen zu können. Derichs zentrale These ist jedoch, dass die Herkunft aus einer Dynastie an sich für Frauen noch kein hinreichender Faktor für die Erlangung politischer Ämter ist und insbesondere strukturelle Vorgaben des Wahlrechts oder Hindernisse im bürokratischen Apparat allein nicht zu brechen vermag. Selbst wenn es Frauen mit dynastischer Unterstützung in höchste Positionen schaffen, so Derichs in der

Diskussion, seien jedoch kaum „trickle down“-Effekte hin zu einer generell höheren politischen Partizipation von Frauen zu beobachten.

Christian Wagner, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Berlin, fasste sich in seinem Beitrag mit politischen Dynastien in Südasien. In der gesamten Region spielen familiäre Strukturen in der Politik eine wesentliche Rolle. Die Autorität und Legitimität dieser Dynastien geht zumeist auf die Unabhängigkeit bzw. Staatsgründung der einzelnen Länder zurück, wobei zwischen Demokratien (Indien, Sri Lanka) und autoritären Regimen (Pakistan, Bangladesch, Nepal) in dieser Hinsicht kaum Unterschiede festzustellen sind. Auch spätere Demokratisierungsbemühungen haben wenig dazu beitragen können, die Macht der politischen Dynastien zu brechen. So hat sich beispielsweise in Pakistan lediglich die Zahl der beteiligten Akteure erhöht, wobei aber die grundlegenden Strukturen unangetastet geblieben sind. Waren es in den 1950er und 1960er Jahren noch die berühmten 22 Familien, welche die Politik Pakistans kontrollierten, so sind es nunmehr knapp 600 Familien, die 44 Prozent aller Sitze in der pakistanischen Nationalversammlung und in den Provinzparlamenten innehaben. Die Ursachen für diese anhaltend große Bedeutung politischer Dynastien finden sich nicht nur in Pakistan: Eine generell eher schwache Staatlichkeit sorgt noch immer dafür, dass die Familie die zentrale Bezugsgruppe und gleichzeitig der wesentliche Schutz vor Lebensrisiken bleibt. Zudem spielen klassische Patron-Klient-Verhältnisse nach wie vor eine entscheidende Rolle. Hinzu kommt eine geringe Institutionalisierung der jeweiligen Parteiensysteme, in welchen es zumeist kaum programmatische oder ideologische Unterschiede zwischen den Parteien gibt. Abschließend prognostizierte Wagner eher Kontinuität als Wandel, wobei aber die Rolle neuer sozialer Bewegungen (z. B. in Indien) und der Einfluss einer zunehmend selbstbewussten städtischen Mittelschicht auf die Parteienlandschaft in Südasien bislang noch nicht abschließend einschätzbar seien.

Das folgende Panel „Führungsanspruch und -kompetenz in der asiatischen Wirtschaft“ konzentrierte sich auf die ökonomische Sphäre als Aspekt von Führung in vier asiatischen Ländern. Franz Waldenberger, Ludwig-Maximilians-Universität München, betrachtete in seinem Vortrag „Führung japanischer Unternehmen – Licht und Schatten“ die Situation in Japan. Seit Beginn der 1990er Jahre, so Waldenberger, habe Japan ein „Führungsproblem“, welches vor allem quantitativer Natur sei. Es gebe viele loyale „follower“, aber nur wenige echte „leader“. Eine wesentliche Ursache für dieses Führungsdefizit sieht Waldenberger in der japanischen Unternehmenskultur und dem *community model*, welches jahrzehntelange Dienste und Loyalität belohne, aber keine Unternehmerpersönlichkeiten mit klaren Visionen, Risikobereitschaft, Beharrlichkeit und Charisma heranziehe. Anpassung, Bezie-

hungsaufbau, strikte Konsensorientierung und die Vermeidung von Verantwortung würden dadurch essentiell für den beruflichen Aufstieg und haben damit zu der heutigen Führungskrise in Japan beigetragen. Entsprechend sieht Waldenberger auch einen wesentlichen Schritt zur Lösung des Führungsdefizits in einer stärkeren Förderung von „entrepreneurship“, einer grundlegenden Änderung der *corporate governance* und einer Reform des japanischen Bildungswesens hin zu einer frühzeitigen Verantwortungsübernahme.

Die Lage in Südkorea wurde von Fabian Jintae Froese, Georg-August-Universität Göttingen, in seinem Beitrag „Kompetenzen erfolgreicher Führungskräfte in Korea“ dargestellt. Hierbei griff Froese auf empirische Daten einer selbst durchgeführten, groß angelegten Befragung zurück, die sich noch in der Auswertungsphase befindet. Leitfrage war, was erfolgreiche Führungskräfte in Korea auszeichnet. Hierbei untermauerte Froese, dass es vor allem Männer sind, die Führungskräfte werden können. Zu den Kompetenzen, die den Karrierefortschritt fördern, zählen nach den Ergebnissen der Umfrage insbesondere Englischkenntnisse, Auslandsbildung, effektives Führungsverhalten, Selbstwirksamkeit im Sinne des Vertrauens in die eigenen Fähigkeiten sowie kulturelle Intelligenz und ein funktionierendes persönliches Netzwerk.

Der Vortrag „Führungskompetenz und Fortschritt in Post-Suharto Indonesien: Eine Politökonomische Perspektive“ von Christian von Lübke, Arnold-Bergstraesser-Institut Freiburg, betrachtete vor allem die Auswirkungen des Regimewechsels in Indonesien. Die Post-Suharto-Ära sei demnach durch eine schrittweise Abkehr des vormals strikten „Top down“-Prinzips staatlicher Führung geprägt. Dies erfolge durch Dezentralisierungs- und Selbstverwaltungsmaßnahmen und werde flankiert von einer wachsenden internationalen Integration, beispielsweise in die Strukturen der ASEAN. Zwar blieben staatliche Akteure in Indonesien wichtig, doch sei im Zuge eines Generationenwechsels auch eine zunehmende Diversifizierung von politökonomischer Führung unter stärkerer Einbeziehung privater Akteure zu beobachten.

Doris Fischer, Universität Würzburg, begann ihren Beitrag zum Thema „Chinas Wirtschaftselite: Neue Erkenntnisse aus den Entwicklungen in 2012/13?“ mit der naheliegenden und spannenden Frage, wer denn nun eigentlich konkret zur Wirtschaftselite in China zähle: Die Unternehmer? Die wirtschaftspolitische (Partei)-Elite? Die Vermögenselite? Ihre zentrale These war, dass die Verbindungen zwischen diesen drei Gruppen im vergangenen Jahr vor dem Hintergrund eines Führungswechsels in Partei (November 2012) und Regierung (März 2013) stärker deutlich geworden sind. Hierzu haben laut Fischer neben den etwas transparenteren Auseinanderset-

zungen um den wirtschaftspolitischen Kurs auch der Skandal um Bo Xilai sowie die durch einen aktiveren Enthüllungsjournalismus im In- und Ausland aufgedeckten familiären Unternehmensverbindungen von hochrangigen Politikern (z. B. Wen Jiabao, Xi Jinping) beigetragen. Ein eindrucksvolles Zeichen für diese stärker sichtbare Verknüpfung zwischen Partei, Staat und Wirtschaft in China sei, dass im aktuellen Nationalen Volkskongress insgesamt 28 und in der Politischen Konsultativkonferenz nicht weniger als 43 Dollar-Milliardäre sitzen. Das Durchschnittsvermögen dieser Delegierten liege bei 3,35 Milliarden US-Dollar, wohingegen die 83 reichsten Mitglieder des amerikanischen Kongresses lediglich auf ein Durchschnittsvermögen von 56,4 Millionen US-Dollar kommen.

Nachdem die beiden ersten Panel unter der Leitlinie „Führung und Führungsstile“ die Bereiche Innenpolitik und Wirtschaft betrachtet hatten, widmeten sich zwei parallel laufende Workshops den Themenkomplexen Außenpolitik und Religion. Im ersten Workshop „Führungsherausforderungen in Ostasien“ standen vor allem die internationalen Beziehungen im ostasiatischen Raum im Mittelpunkt. Gudrun Wacker, SWP Berlin, erläuterte in ihrem Vortrag die Position Chinas. Die neue Führungsriege habe demnach nicht nur mit zahlreichen inneren Herausforderungen und ungelösten Fragen (z. B. nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Altersversorgung, Korruption, soziale Gerechtigkeit, Umweltverschmutzung, Nahrungsmittelsicherheit), sondern auch mit wichtigen strukturellen Reformhindernissen (z. B. Mangel an glaubwürdigen Kontrollinstanzen und an Koordination, unklare Hierarchien) zu kämpfen. Eine Bewältigung dieser Reformaufgaben sei nicht nur wesentlich für die Legitimität der Führung, sondern beeinflusse auch die außenpolitischen Kapazitäten Chinas. Hierbei gelte noch immer das alte Prinzip, dass die Außenpolitik der Innenpolitik diene und innere Stabilität bei einem friedlichem internationalen Umfeld die oberste Priorität bleibe. Dabei seien jedoch die territorialen „Kerninteressen“ Chinas, beispielsweise im Südchinesischen Meer, nicht verhandelbar. Ein harter Kurs nach außen könne der neuen chinesischen Führung laut Wacker dabei helfen, Reformen nach innen durchzusetzen.

Manfred Pohl, Universität Hamburg, beschäftigte sich in seinem Beitrag mit Korea. Der Vortrag des langjährigen Kenners der koreanischen Halbinsel überzeugte durch große Lebendigkeit aufgrund der Darstellung persönlicher Erfahrungen des Referenten. Für Nordkorea konstatierte Pohl, nicht zuletzt aufgrund der „katastrophalen Quellenlage“, mehr Fragen als Gewissheiten. Sicher sei, dass man nicht von einer klassischen Ein-Personen-Führung unter Kim Jong-un sprechen könne. Sowohl ein formales Mentorensystem als auch eine kollektive Führung seien vorstellbar, wobei die Neuordnung der Führungseliten in Militär und Partei unter der überge-

ordneten Prämisse der Privilegienabsicherung noch nicht abgeschlossen sei. In der Außenpolitik ändere sich jedoch in jedem Fall wenig: Die wirtschaftliche und politische Autonomie stehen nach wie vor im Vordergrund. Eine Vereinigung der beiden koreanischen Staaten sei aus der Sicht Nordkoreas nur unter sozialistischen Vorzeichen denkbar. Man möchte als akzeptierte Atommacht auf Augenhöhe mit den USA „nationale Größe“ zeigen und, selbstverständlich, „Südkorea übertrumpfen“. Unabdingbare Voraussetzung und erste Priorität hierfür sei aber die Bekämpfung der wachsenden Wirtschaftsprobleme unter Wahrung der ideologischen Fiktion. Als außenpolitische Instrumente nutze man die Androhung militärischer Gewalt (Kernwaffen) oder begrenzte Zwischenfälle. Zudem versuche man, China als Bündnispartner auszuspielen und die „Gruppe der Fünf“ aus den Sechsparteiengesprächen zur Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel zu spalten. Die neue südkoreanische Präsidentin Park Geun-hye werde laut Pohl im Vergleich zu ihrem Vorgänger eine „härtere Nuss“ für Nordkorea. Sie werde voraussichtlich eine offensivere Entspannungspolitik betreiben und beispielsweise die Beachtung der Menschenrechte einfordern. Insgesamt werde für Südkorea außenpolitisch das Konzept des „Middlepowerism“ leitend bleiben.

Für Japan konstatierte Verena Blechinger-Talcott, Freie Universität Berlin, eine deutliche Verbindung zwischen wirtschaftlicher und (außen-)politischer Schwäche. Die Katastrophe von Fukushima 2011 hätte ein Wendepunkt sein können, doch die Reformchance wurde nicht genutzt. So sei die japanische Politik in einem desolaten Zustand und von massiver Führungsschwäche geprägt. In der anschließenden Diskussion kam die Debatte schnell wieder auf Nordkorea zurück: Nadine Godehardt, SWP Berlin, stellte die These auf, dass Nordkorea auch als „Stabilitätsfaktor“ in Nordostasien betrachtet werden könne. Es sei demnach der kleinste gemeinsame Nenner von China, Japan, Südkorea und den USA, Nordkorea zu stabilisieren, was Godehardt zu der berechtigten Frage führte, was passieren würde, wenn Nordkorea nicht mehr da wäre. In seiner Antwort stellte Manfred Pohl klar, dass gegenwärtig alle Beteiligten daran interessiert seien, dass der Status quo in der Region erhalten bleibe.

Der parallel laufende zweite Workshop „Religious Leadership and Authority in Asia“ befasste sich mit religiöser Führung. Raphael Susewind, Universität Bielefeld/Universität Oxford, betrachtete in seinem Beitrag „Intra-Ulema Politics, Religious Innovation and Local Elections in India“ den Zusammenhang von religiöser Gruppenzugehörigkeit und Wahlscheidungen im nordindischen Bundesstaat Uttar Pradesh. Ein Schwerpunkt seiner Darstellung war die Frage nach den Kontextbedingungen für die Verlässlichkeit lokaler Stimmenpakete (*vote banks*) im Stadt-Land-Vergleich,

vor allem bezüglich der vermeintlichen Mobilisierung muslimischer Wählerinnen und Wähler für die Samajwadi Party (SP) in den Regionalwahlen in Uttar Pradesh 2012. Syafiq Hasyim, Freie Universität Berlin, beschäftigte sich in seinem Vortrag „Religious Authorities and Religious Leadership in Post-Suharto Indonesia“ mit der Situation in Indonesien. Simin Fadaee, Humboldt-Universität zu Berlin, sprach über die Frage religiöser Autorität im Iran.

Die abschließende Podiumsrunde „An Asian Claim for Global Leadership?“ stellte sich der Frage nach einem möglichen asiatischen Führungsanspruch in der Welt. Die Diskutanten Peter Christian Hauswedell, DGA, Hanns W. Maull, Universität Trier, Friedolin Strack, Bundesverband der Deutschen Industrie Berlin, Chiharu Takenaka, Rikkyo-Universität Tokio, und Nobuto Yamamoto, Keio-Universität Tokio, waren sich einig, dass man keinesfalls von Asien als einer Einheit oder gar als einem kollektiven Akteur ausgehen könne: „There is no Asia!“ Ein weltweiter asiatischer Führungsanspruch sei demnach nicht erkennbar, wohl aber, so Friedolin Strack, ein chinesischer Führungsanspruch in Asien. Das „Peking-Modell“ erlangt hierbei nach Hanns W. Maull Einfluss und Legitimität weniger durch bewussten Export als vielmehr durch Funktionalität und Nachahmung („politisches Lernen“). Insgesamt zeigte auch die Abschlussdiskussion erneut, was Dieter Ernst, OAV, schon zu Beginn der Tagung festgestellt hatte: Asien ist vielfältig, „Allgemeinrezepte“ sind nicht möglich. Die Arbeit der DGA bleibt somit spannend, und auch der nächsten wissenschaftlichen Tagung in zwei Jahren wird es nicht an interessanten Themen mangeln.

*Pierre Gottschlich*

### **Weingartener Asiengespräche: Zivilgesellschaft und Demokratie in Asien**

Weingarten, 8.–10. November 2013

Die Weingartener Asiengespräche, die alljährlich im Tagungshaus Weingarten der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart stattfinden, widmeten sich im November 2013 dem Thema „Zivilgesellschaft und Demokratie in Asien“. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Frage nach der Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure für einen politischen Wandel in ausgewählten asiatischen Staaten und auf der regionalen/transnationalen Ebene. In insgesamt